



Stadt Zossen



Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit und Ordnung der Stadt Zossen

Sitzungstermin:	Dienstag, 14.11.2023
Sitzungsbeginn:	19:02 Uhr
Sitzungsende:	21:04 Uhr
Ort, Raum:	Kulturforum Dabendorf, Zum Königsgraben 8, 15806 Zossen

Vorsitz

Thomas Czesky

Ordentliches Mitglied

Thomas Blanke

Rolf von Lützwow

Janine Küchenmeister

Steffen Sloty

Edgar Leisten

Martina Leisten

Vertretung für:
Martina Leisten
entschuldigt

Sachkundige Einwohner

Joachim Büder

Jens Kaehlert

Amtsleiter(in) Rechts- und Personalamt

Raimund Kramer

Protokollant(in)

Leah Skorniakow

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden
- 2 Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder
- 3 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 4 Feststellung der Tagesordnung
- 5 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 12.09.2023
- 6 Bericht aus der Verwaltung
- 7 Einwohnerfragestunde
- 8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder
- 9 Beratung von Beschlussvorlagen
- 9.1 Ausweisung verkehrsberuhigter Bereich in der Fischerstraße, Zossen. 122/23
- 9.2 Berufung des Wahlleiters der Stadt Zossen 123/23
- 10 Information zu den Wahlen 2024
- 11 Information Leuchtturmprojekt Zossen
- 12 Information Bürgerbefragung Dabendorf
- 13 Arbeitsstand Friedhofssatzung
- 14 Schließung der öffentlichen Sitzung

Niederschrift

Öffentlicher Teil

1 **Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden**

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Czesky, um 19:02 Uhr eröffnet.

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde.

2 **Feststellung der digital zugeschalteten Ausschussmitglieder**

Es nehmen keine Ausschussmitglieder digital an der Sitzung teil.

3 **Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Czesky stellt fest, dass von den 6 stimmberechtigten Ausschussmitglieder 6 anwesend sind. Die Sitzung ist damit beschlussfähig.

4 **Feststellung der Tagesordnung**

Es liegen keine Änderungswünsche oder Einwendungen gegen die Tagesordnung vor.

Abstimmung: 6 / 0 / 0

5 **Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses vom 12.09.2023**

Es liegen keine Einwendungen gegen die oben genannte Niederschrift vor. Diese gilt damit als angenommen.

6 **Bericht aus der Verwaltung**

Die anwesenden Ausschussmitglieder erhalten den Bericht aus der Verwaltung mündlich durch Herrn Kamer erörtert.

Herr Kramer:

Er beantwortet 2 Fragen aus dem letzten RSO am 12.09.2023, welche er zur Klärung mitnahm.

Die erste Frage betreffend Herrn Freiherr von Lützwow die Problematik der Überflutung des Kreuzungsbereichs durch Starkregenfälle der Chausseestraße, Mellenseestraße und Zum Bahnhof. Es gab eine Regelung mit der DNWAB und dem Stadtbetrieb. Diese kann so allerdings personell von der DNWAB nicht mehr umgesetzt werden kann. Wir stimmen uns jetzt mit dem Wasser- und Bodenverband ab, so dass es dort im nächsten Jahr zu keiner Überflutungssituation mehr kommen sollte.

Frau Küchenmeisters Frage zum „Rat in belebten Zeiten“ betreffend würde ich bitten dort auf die Präsentation zum Leuchtturmprojekt zu warten. Dort werden entsprechende Ausführungen gemacht.

Er präsentiert die derzeitigen Belegungszahlen der Erstaufnahmeeinrichtung. Stand des heutigen Tages sind dort 1031 Betten belegt. In den nächsten Tagen werden jedoch ca. 100 Abgänge und Verteilungen zu erwarten sein. Durch das Land

Brandenburg ist derzeit eine Ausbaustufe in der EAE im Gange. Selbst danach wird die Belegung 1500 Betten durchschnittlich nicht überschreiten.

7 Einwohnerfragestunde

Frau Schreiber:

Sie habe eine Nachfrage zu der Mitteilung der EAE bezüglich der Belegung: Wie habe ich das zu verstehen dass die Durchschnitts Belegung von 1500 nicht überschritten werden? Wie hoch ist die geplante Kapazität, nachdem die Stadt ja jetzt die Genehmigung erteilt hat. Wo liegt die Grenze ganz konkret?

Herr Kramer:

Diese Frage wird morgen durch Frau Şahin-Schwarzweiler beantwortet werden. Sie hat da sicherlich einen besseren Sachkenntnisstand.

Herr Czesky gibt den Hinweis auf lediglich eine weitere Frage.

Frau Schreiber:

Weshalb stimmen die einzelnen Fraktionen permanent zu, dass die Verwaltung Sondersitzungen einberuft und das kurz vor einer SVV? Es sollten sich sowohl als Stadtverordneter als auch Bürger darauf verlassen können, dass die Termine nach dem beschlossenen Kalender eingeladen werden.

Herr Czesky macht von seinem Recht Gebrauch und verweist Frau Schreiber ohne weiteres Rederecht für diesen Moment auf ihren Platz.

Herr Kramer:

In erster Linie sind die Fraktionen angesprochen gewesen. Daher braucht die Verwaltung dazu nichts zu sagen.

Herr Czesky:

Eine Sitzung wurde nicht benötigt, die zweite wurde unbedingt von der Stadt benötigt. Ich versuche mich an den Sitzungsplan zu halten und mache so wenige Sitzungen wie möglich.

Herr Blanke:

Eine Auffälligkeit an der Frage ist tatsächlich gegeben. Man hat das Gefühl das hatte die letzten Woche Methode oder es hatte eben auch keine Methode, dann erwarte ich das die Verwaltung dazu eine Erklärung abgibt. Die gestrige KTUE Sitzung wurde mir aufgetragen, wir waren nicht beschlussfähig. Wir sollten hier tatsächlich überlegen wie wir mit dieser Arbeitsmethode umgehen. Ich schlage vor, dass die Frau Şahin-Schwarzweiler für die Ausschussvorsitzenden eine Austauschrunde einberuft. Auch die heutige Sitzung hat keine Dringlichkeit.

Bürger 2:

Guten Abend meine Damen und Herren. An mich ist eine Bürgerin heran getreten,

deren Sohn, 11-jährig, beobachtet hat, wie im Gebüsch neben dem Jugendclub in Zossen anscheinend Drogen verkauft wurden. Die Eltern machen sich hierüber Sorgen und hätten die Bitte, dass mehr Polizeipräsenz dort gezeigt wird. In diesem Zusammenhang wollte ich ebenfalls fragen, inwieweit das Projekt "Präventionsrat" in Zossen voran geschritten ist, denn das wäre auch eine Möglichkeit in dieser Sache aktiv zu werden. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Kramer:

Wir nehmen die Frage auf und ich denke, dass das Ordnungsamt konkret Frau Wegner die Abstimmung mit der Polizei suchen wird. Dies wäre auch eine Aufgabe für den Präventionsrat.

Bürger 3:

Schönen Guten Abend. Da in verschiedenen Sitzungen die Versendezeit von Onlinefragen moniert wurde, stelle ich hier einmal provokativ zeitig eine Frage. Wo steht geschrieben, dass Onlinefragen, zur Einwohnerfragestunde, erst zum Aufruf des TOP gestellt werden dürfen? Weder in der GO noch in der Einwohnerbeteiligungssatzung finde ich einen entsprechenden Passus. Die Frage wird doch erst durch Vorlesen unter dem TOP gestellt, egal wann sie eingegangen ist. So haben auch Bürger, die verhindert sind, die Möglichkeit ihre Frage zu stellen.

Herr Kramer:

Wir nehmen das zur Kenntnis.

Frau Schreiber:

Frage an den RSO, ob er sich vorstellen kann der Anregung der Bürgerbeteiligung zu folgen? Was gehört in den öffentlichen Teil, was in den nicht öffentlichen Teil? Wie verhält es sich damit, wenn die Stadtverordneten zu einer Sitzung eingeladen werden? Es gibt einen Katalog zu zwingenden öffentlichen Beteiligungen. Ist es den Ausschussmitgliedern bekannt, dass bereits durch die Kommunalaufsicht die geheimen Sitzungen angezweifelt wurden.

Herr Czesky:

Das wurde von einem externen Berater angeraten. Da sind auch keine geheimen Sitzungen. Nach Erzählungen war die Sitzung gut. Ich war selber nicht da. Irgendjemand hat das laut Gerüchten an die Kommunalaufsicht gegeben. Ob das stimmt wisse er nicht.

8 Anfragen und Mitteilungen der Ausschussmitglieder

Herr Blanke:

Letzten Mittwoch habe ich bereits im Bauausschuss angedeutet: Die Verbindungsstraße zwischen dem Scheunenviertel und den Weinbergen auf Höhe des alten Krankenhauses wurde von Montag den 06.11.2023 Morgens ab 6 Uhr bis gestern Morgen um 8 Uhr komplett dicht gemacht. Wie ist der Werdegang? War das eine kommunale Baustelle? War das dort eine Sondernutzung? Die wichtige Durchfahrt für einige Bürger war 8 Tage gesperrt. Von Freitag 17 Uhr bis Montag 7 Uhr morgens war die Baustelle einfach nur da, dort ist nichts passiert. Wer ist dort zuständig für die Beschilderung und für die Sperrung? Und was ist dort gemacht worden?

Herr Kramer:

Ich habe mir die Frage notiert und werde diese an die Frau Wegner weitergeben.

Herr Blanke:

Wie ist der Stand des Glasfaserausbaus? Ist Zossen fertig?

Was ist die Philosophie der Hauptverwaltungsbeamtin zum Einsatz ihrer Ordnungsamtsmitarbeiter? Alle unsere Briefe werden zurzeit nur durchs Ordnungsamt zugestellt. Damit auch die Fristen eingehalten werden. Unter Frau Schreiber haben wir Briefe ganz normal bekommen mit Porto. Da wurde das Ordnungsamt nicht als Zusteller genutzt. Das ist ein unnötiger Personalaufwand.

Herr Kramer:

Ich danke für diese Anregung.

Herr Czesky:

Das wurde eingeführt, weil einige Stadtverordnete behauptet haben, dass sie die Unterlagen nicht erhalten zu haben. Danach wurde das so eingeführt. Das liegt nicht an der Hauptverwaltungsbeamtin, sondern an einigen von uns. Und so wie es hier teilweise zugeht ist es richtig, dass Ordnungsamtsmitarbeiter hier sind, damit der Ausschussvorsitzende seine Arbeit richtig machen kann.

Herr Freiherr von Lützow:

Bezüglich des Problemgrabens der Frau Rendel:

Sie wartet immer noch darauf, dass die Stadt Zossen sich mit ihr betreffend einen Nutzungsvertrag in Verbindung setzt. Da sollte nochmal mit ihr geredet werden.

Nach der Einweihung des Abschnittes Bahnhof Wünsdorf wurde dort ein Bushalteshäuschen gebaut. Es wurde auch versprochen, dass dort die Leute ein und aussteigen werden können. Das ist bisher nicht der Fall. Die steigen allerdings immer noch da vorne bei ehemals Zurawski ein und aus. Dort gibt es nun wegen Vermüllung und Verdreckung Beschwerden. In wie weit sind da die Verhandlungen mit dem ÖPNV oder der ODEG, dass dort Schienenersatzverkehr ausgewiesen wird?

Mit den Ausschusssitzungen: Wenn der Ausschussvorsitzende mit der Verwaltung sich einig ist und die Sitzung notwendig ist, dann ist das so und dann wird die so eingeladen.

Frau Küchenmeister:

Wir haben einem Sitzungsplan zugestimmt. Für das 2. Halbjahr waren aus Sicht der Verwaltung die Zusatzsitzungen notwendig. Wir sollten am Ende des Jahres evaluieren, ob das so richtig und notwendig war. Einige Sachen hätten sicherlich Zeit für den normalen Turnus gehabt.

Wir haben zum Sitzungsplan nächstes Halbjahr eine Besprechungen gehabt. Die Fraktionen sollten Vorschläge machen. Der Punkt der Abstimmung hierzu ist nicht auf der TO der SVV. Das sollte auf der letzten SVV des Jahres definitiv besprochen werden.

Bezüglich der Zustellung durch das Ordnungsamt: Es sollte eine Evaluation dazu geben, ob das mittlerweile noch notwendig ist? Wenn ich trotzdem zur Sitzung erscheine ist eine nicht fristgemäße Zustellung oder fehlende Zustellung geheilt.

Auf die Frage von Bürger 3 zurück: Zumindest in meinem Ausschuss gibt es die Regelung, dass die Frage auch in den 30 Minuten der Einwohnerfragestunde gestellt werden muss. Sonst könnte ja jeder Wochen und Tage vorher Fragen stellen. Das könnte zu Problemen führen. Aber es stimmt das wir dazu nichts festgelegt haben. Das sollten wir nochmal besprechen.

Herr Czesky:

Da sollte bitte nochmal geklärt werden.

Herr Leisten:

Mir ist schon aufgefallen, dass man sehr viele Punkte hätte in eine Sitzung hätte packen können. Der FA hatte innerhalb von 10 Tagen 2 Sitzungen und da wurden Themen behandelt die man hätte locker in einer Sitzung schaffen können. Gestern war der KTUE nicht beschlussfähig. Der FA war auch nicht beschlussfähig. Dort wurde aber weiter beraten. Ist dieses Verfahren ordnungsgemäß? Oder hat man dann eigentlich die Verpflichtung den Ausschuss zu beenden?

Herr Kramer:

Sie fassen keine Beschlüsse. Die Sitzungsleitung kann das in Eigenregie entscheiden.

Frau Küchenmeister:

Meine Rechtsauffassung ist so, dass wir unterscheiden müssen sind wir beschlussfähig, wenn wir keine einfache Mehrheit sind können wir nicht abstimmen, auch wenn wir nur beraten. Ist das so richtig?

Herr Kramer:

Das ergibt sich schon aus der Beschlussfähigkeit, wenn die nicht da ist. Dann können sie weiter beraten und diskutieren. Aber Ihre Empfehlung hat dann auch den verbindlichen Charakter verloren.

Herr Büder:

Bei der letzten bundesweiten Alarmierung gingen in Wünsdorf die Sirenen nicht an. Es erfolgte alles auf den Telefonen aber keine Sirenen. Da sollte man nochmal nachhaken.

Die andere Frage: die Überflutung in der Chausseestraße: Das ist ein neuralgischer Punkt der zur kritischen Infrastruktur zählt. Das ist ein wichtiger Verbindungsweg. Da muss dringlich etwas passieren. Wir haben jederzeit mit Starkregen zu rechnen.

Herr Kamer:

Ich kann das bestätigen.

Herr Czesky:

Ich werde jetzt die Sitzung nicht mehr durchführen, wenn wir nicht beschlussfähig wären. Man kann aber beratend weitermachen und ein Stimmungsbild abfragen. Das macht aber wenig Sinn und dann bricht man die Sitzung eher ab.

Herr Blanke:

Ab wann haben wir Anspruch auf unser Sitzungsgeld?

Herr Kramer:

In dem Moment wo eingeladen wird und sie hier anwesend sind, haben sie Anspruch auf das Sitzungsgeld. Demnach sollte man sich überlegen, wie sinnvoll und effektiv man die Sitzungen hier durchführt.

9 Beratung von Beschlussvorlagen

9.1 Ausweisung verkehrsberuhigter Bereich in der Fischerstraße, Zossen. 122/23

Herr Kramer:

Die Beschlussvorlage ist so wie wir uns das alle gewünscht haben. Das ist ein Bereich, wo auch Spielplätze sind.

Herr Leisten:

Her fehlt einfach die Meinung des Ortsbeirates.

Herr Czesky:

Ich habe noch niemanden gesehen, der als Ortsbeirat dagegen wer. Es bietet sich dort einfach an. Dort soll ein Spielplatz hinkommen. Wenn der OB dagegen ist kann das in der SVV auch nochmal umentschieden werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:

Die Verwaltung zu beauftragen, die Ausweisung und Installation eines verkehrsberuhigten Bereiches in der Fischerstraße, Zossen bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde des Landkreis Teltow- Fläming zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	1

9.2 Berufung des Wahlleiters der Stadt Zossen

123/23

Herr Kramer:

Zunächst erst einmal gibt mir die Beschlussvorlage die Möglichkeit mich hier bei Ihnen zu bedanken sowohl für die gute Zusammenarbeit, als auch als Wahlleiter. Mein Gesundheitszustand lässt es leider nicht mehr zu diese Aufgaben zu erfüllen. Demnach gebe ich meine Stelle zum 31.12.2023 auf. Aus dem §15 BbgKWahlG ergeben sich die Voraussetzungen eines Wahlleiters. Wir beabsichtigen den Herrn Kommer für die Stelle. Er ist ein sehr zuverlässiger Beschäftigter. Diese Änderung muss der Aufsichtsbehörde bekannt gegeben werden. Ich mache den Herrn Kommer in den letzten Wochen die verbleiben weitestgehend fit. Herr Kosensky, mein derzeitiger Stellvertreter unterstützt mich dabei und bleibt auch weiterhin Stellvertreter. Ich bitte daher um Zustimmung.

Herr Czesky:

Ich bedanke mich ebenfalls für die Zusammenarbeit und die hohe Verantwortung.

Herr Leisten:

Herr Kommer ist ja Leiter der Wirtschaftsförderung. Kann er beide Ämter wahrnehmen oder muss er sich entscheiden?

Herr Kramer:

Er wird beide Ämter ausüben. Er wird dort sicherlich die Zeit bekommen, die er braucht um die Wahlen vernünftig vorzubereiten.

Herr Blanke:

Herr Kommer hat doch Hallo gesagt und war doch vorhin hier. Ich dachte er wollte sich vorstellen. Das wäre für mich jetzt eine sinnvolle Sache. Das ist ein stressiges Amt in der Wahlzeit. Gab es dort mehrere Bewerber? Ihr Stellvertreter mag offensichtlich stellvertretend bleiben.

Herr Kramer:

Sie haben völlig Recht, dass sich ein Kandidat vorstellen sollte. Dabei habe ich ihn gebeten sich morgen vorzustellen. Ich bitte darauf Rücksicht zu nehmen, so dass er sich morgen online dazuschaltet.

Herr Czesky:

Ich freue mich, dass er uns morgen zur Verfügung steht.

Frau Küchenmeister:

Da wir die Einladung zur SVV schon erhalten haben und dort auch die Beschlussvorlage zum Stellvertreter der Frau Şahin-Schwarzweiler ist. Ich möchte Ihnen hier für Ihre Arbeit danken.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beruft gem. § 15 Abs. 1 des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Land Brandenburg (BbgKWahlG) i.V.m. § 2 Abs. 1 der Brandenburgischen Kommunalwahlverordnung (BbgKWahlV)

Herrn Dirk Kommer, Wirtschaftsförderer der Stadtverwaltung,

mit Wirkung vom 01. Januar 2024 zum Wahlleiter für das Wahlgebiet der Stadt Zossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	1

10 Information zu den Wahlen 2024

Pause von 20:01 Uhr bis 20:06 Uhr.

Herr Kramer:

Es sind sogenannte verbundene Wahlen am 09.06. 2024, sprich Kommunalwahlen und die Europawahlen. Am 22.09.2024 sind dann die Wahlen zum Landtag Brandenburg. Im Vorfeld zu den Kommunalwahlen bin ich bereits tätig geworden. Die Herrschaften, die das schon länger begleiten wissen, dass wir einen entsprechenden Wahlausschuss benötigen. Ich habe mich bereits an alle Stadtverordneten gewendet den neuen Wahlleiter zu unterstützen. Wir brauchen 5 Ausschussmitglieder dort wird Unterstützung benötigt. Den würde ich gerne im Dezember noch hinbekommen.

Ich bitte Sie auch den zukünftigen Wahlleiter so zu unterstützen wie es bei mit der Fall war. Man kann sich leicht ausrechnen wie viele Wahlhelfer man benötigt. Es wird am 09.06.2024 schon eine Belastungsprobe.

Für alle die hier in der Stadtverordnetenversammlung bereits sitzen, gilt das man keine Unterstützungsunterschriften benötigt. Alle neuen bräuchten das formhalber schon. Aber das sollte durchaus auch zu erbringen sein.

Sie sollten alle tatkräftig die Trommel rühren, so dass der Ausschuss im Dezember stehen kann.

Herr Blanke:

Formal ist es ja so, dass leider wer aktiv gewählt wird kann weder in den Wahlausschuss noch als Wahlhelfer agieren kann. Ist der Wahlausschuss nicht bereit in der gleichen Zusammensetzung wie beim letzten Mal das zu übernehmen?

Herr Kramer:

Danke für den Hinweis. Nach so vielen Jahren geht man davon aus, dies jedoch um die Inkompatibilität weiß. Bisher haben die Fraktionen immer konstruktive und zuverlässige Mitglieder gestellt. Das war immer eine sehr angenehme Arbeit.

11 Information Leuchtturmprojekt Zossen

Herr Kramer stellt allen anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern eine Präsentation. Diese wird dem Ur-Protokoll beigelegt.

Die Präsentation umfasst folgende Themen als Schwerpunkt:

1. Einführung Katastrophenschutz Leuchtturm
2. Mobile Netzersatzanlage
3. Kraftstofftank NEA
4. Arbeitsschritte

Herr Leisten:

Kann jemand die bunten Kreise erläutern?

Herr Kramer:

Das ist eine sehr gute Frage. Wir nehmen die jetzt mal mit und bei der nächsten Präsentation diese beantwortet werden.

Herr Czesky:

Entweder sind es die Entfernungen oder die Minuten die man bis dahin braucht.

Herr Leisten:

Aber Sie werden doch da die Möglichkeiten haben uns darüber zu informieren? Wer bezahlt dieses Projekt?

Herr Kramer:

Hier wird in zukünftigen Sitzungen eine intensive Erläuterung folgen auch eine intensive Kommunikation den Bürgern. So wie ich das sehe ist das eine geförderte Maßnahme, die der Landkreis für uns beantragt. 130.000 € werden für die Erstausrüstung eingesetzt. Viel interessanter ist die Frage wer dann künftig die laufenden Kosten trägt.

Frau Küchenmeister:

Verstehe ich das richtig, dass aus der Arbeitsgruppe das Projekt des Leuchtturmes geworden ist?

Wie soll es denn weitergehen? Wenn wir Fördermittel bekommen ist das gut. Aber das soll nur ein Anlaufpunkt sein, und nicht für die Unterbringung der Bevölkerung. Da muss ja ein Plan dahinter sein. Wird die Gruppe dieses Projekt weiterentwickeln?

Herr Kramer:

Ich gehe ganz fest davon aus. Ich denke das sind Krisenlagezentren. Das sind nun die ersten aber wichtigen Schritte. Sie haben Recht eine Versorgungsmöglichkeit, Unterbringungsmöglichkeiten sowie die weiteren Punkte müssen geklärt werden. Das wird ein fortlaufender Prozess sein.

Herr Blanke:

Völlig in Ordnung was Sie hier heute vorgestellt haben sein. Ich sehe hier ganz großen Regelungsbedarf.

12 Information Bürgerbefragung Dabendorf

Herr Kramer stellt allen anwesenden Ausschussmitgliedern und Einwohnern eine Präsentation. Diese wird dem Ur-Protokoll beigelegt.

Die Präsentation enthält folgende Themen als Schwerpunkt:

1. Art und Umfang der Umfrage
2. Ergebnis/Auswertung der Gesamtzahlen

Herr Kramer:

Was soll damit jetzt passieren? Da nochmal ganz klar die Frage von mir hier heute an Sie: Soll in Anlehnung an die BV vom 10.07.2023 und jetzt anhand der vorliegenden Umfragezahlen nochmal diese Beschlussvorlage Bildung eines Ortsteils Dabendorf in den Ausschüssen behandelt werden? Oder wie will man jetzt mit den Zahlen weiter umgehen?

Herr Leisten:

Ich höre das jetzt zum ersten Mal. Für mich ist eigentlich klar, dass das Votum für einen Ortsteil Dabendorf ist.

Herr Czesky:

Wir haben das im Sommer abgelehnt. Und jetzt gab es im Nachgang diese Befragung der Verwaltung.

Herr Leisten:

Die Leute, die es interessiert, haben ihre Stimme abgegeben und so gevotet. Wir sollten das dann auch so beschließen und die Meinung der Bürger respektieren.

Frau Küchenmeister:

Es gab unterschiedliche Meinungen. Wir wollten dann die Einwohner fragen. Dazu gab es auch die erste Einwohnerversammlung. Darauf fußt diese Umfrage. Wenn der Ortsteil über 2000 Einwohner hat und man hat nun hier eine Beteiligung von 215 Stimmen, kann man sich die Frage stellen wie repräsentativ das ist. Aber das ist bei kommunalen Themen, wenn ich nicht gerade direkt betroffen bin, meistens der Fall. Von daher finde ich die Art und Weise wie es jetzt gemacht wurde gut. Aber engagierte Bürger haben sich für den Ortsteil ausgesprochen. Der bisherige Ortsbeirat hat sich ebenfalls positiv gegenüber dem Vorschlag geäußert. Es ist denen, die sich ehrenamtlich auch engagieren wirklich wichtig einen eigenen Ortsbeirat zu haben. Von daher finde ich es wichtig, dass das in der nächsten SVV besprochen wird. Es muss dieses Jahr noch umgesetzt werden, da wir ja dann dementsprechend noch Vorlaufzeit für die Kommunalwahlen brauchen.

Herr Blanke:

Die Durchsetzung des Wunsches ist das Problem. Es sind noch nicht mal 10% der Bürger. Aber es ist eine Aussage. An der können wir nicht vorbeigehen. Die Dabendorfer möchten einen eigenen Ortsteil. Es ist eine Meinung und keine Wahl. Wir sind in der Pflicht dieses anzugehen. Ich möchte aber anmerken, dass ich denke, dass der Landkreis dort mit zu beteiligen ist und wir das nicht einfach so machen können. Ich befürchte, dass wir es nicht schaffen werden, den Ortsbeirat am 09.06.2023 zu wählen. Man könnte und sollte es versuchen, aber ich denke nicht dass es schaffbar ist.

Herr Kaehlert:

Mit den 215 Ja-Stimmen ist eine Tendenz aufgezeigt worden. Von den 2000 Einwohnern muss geschaut werden wer tatsächlich abstimmungsberechtigt ist. Die müssten dann tatsächlich alle Ja sagen um ein Stimmungsbild des Ortsteils Dabendorf abzuzeichnen. Man kann sich das jetzt natürlich zur Aufgabe machen. Letzten Endes würde es vermutlich in eine rechtliche Würdigung enden. Weil der Landkreis dort vermutlich nicht auf das Abstimmungsergebnis eingeht sondern auf die rechtliche Grundlage. Wir müssten uns das ganz genau überlegen, ob wir dort eine Wahl durchführen lassen. Alles andere sehe ich rechtlich nicht machbar.

Herr Freiherr von Lützwow:

Es ist ein Wunsch da. Mein Vorschlag wäre, dass die Fraktionen die das angerührt hat dazu nochmal Anträge anbringen sollten.

Frau Küchenmeister:

Wie sieht der Plan der Verwaltung dazu aus?

Herr Kramer:

Es ist schon sportlich, dass alles so hinzubekommen. Es ist viel Arbeit zu investieren. Ohne mal die rechtliche Einschätzung der Kommunalaufsicht zu kennen. Man muss die räumliche Trennung von Ortsteilen haben laut Kommunalverfassung. Und so lange es nicht klar ist, ob es rechtlich möglich ist würde ich mir jetzt noch gar keine wahlrechtlichen Gedanken machen. Es sollte erst rechtlich geklärt werden, ob es von kommunalrechtlicher Seite Bedenken gibt. Die Voraussetzungen müssen gegeben sein.

Frau Küchenmeister:

Zur nächsten Stadtverordnetenversammlung eine verbindliche rechtliche Aussage zu haben wäre gut. Die Frage ist, ob das jetzt so schlau war, dass wir schon die Bürger aufgewühlt haben bevor das rechtlich klar ist. Ich finde Ihren Vorschlag gut Herr Kramer.

Herr Blanke zitiert den §45 der Kommunlaverfassung.

Wir haben hier nicht nur den Wunsch, sondern auch eine ortsbezogene Bedeutung oder auch ein Bedürfnis darzustellen. Da hätte ich eigentlich erwartet, dass wir was bekommen, das war nicht der Fall. Das Quorum ist ganz nett. Man hat gesehen, den Zossenern ist Dabendorf egal. Der §45 BbgKVerf muss erstmals Klarheit schaffen.

Herr Czesky:

Das stimmt so nicht.

Herr Kaehlert:

Die Umfrage, die hier gestartet wurde war eine gemeinsame Entscheidung aus der Diskussion zum damaligen TO herrührte. Die wurde abgelehnt und die Diskussion um die Beteiligung fand ja statt. Frau Şahin-Schwarzweiler hat ja dann den Vorschlag gemacht, diesbezüglich die Einwohner zu befragen. Und die SVV hat damals gesagt, Ja wir machen das. Das ist das Ergebnis.

Herr Czesky:

Die Befragung wurde abgelehnt. Er wertet für sich selber kurz die Befragung aus. Wir haben nun das rein rechtliche Problem. Wir sollten das rechtlich prüfen lassen. Bis zur nächsten Wahl wird das schwierig. Der Großteil wäre aber dafür. Im Prinzip bin ich auch dafür.

Herr Kramer:

Ich sehe im RSO vertreten Sie einheitlich die Meinung das weiter zu verfolgen.

Herr Sloty:

Es wurde schon viel gesagt. Ich sehe beide Seiten. Ich sehe die Kosten für die Stadt, verstehe aber auch, dass die Bürger einen Ansprechpartner möchten. Dem soll nichts im Wege stehen.

13 Arbeitsstand Friedhofssatzung

Herr Kramer:

Es ist sehr unbefriedigend, dass unsere Friedhofssatzung seit rund 1,5 Jahren fertig ist. Wir hatten diese hier vor geraumer Zeit in der Diskussion. Und ich kann Ihnen die zweite Satzung leider heute nicht liefern. Es gehören aus meiner Sicht beide Satzungen zusammen. Stand heute sind die Kalkulationsergebnisse für uns aufbereitet worden, aber leider noch nicht in den Entwurf der Friedhofsgebührensatzung eingearbeitet worden. Also kann dies erst im nächsten Jahr zur Verfügung gestellt werden. Ich hätte es gerne noch fertiggestellt. Die Gebührensatzung ist ein zwingender Teil des Gesamtkunstwerkes. Ich möchte Sie

daher um Geduld bitten.

14 Schließung der öffentlichen Sitzung

Herr Czesky schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:53 Uhr.

Pause von 20:53 Uhr bis 20:58 Uhr.

Thomas Czesky
Vorsitz

Leah Skorniakow
Protokoll